

[REDACTED]

6811 Göfis

An
das Amt der Vorarlberger Landesregierung
Abteilung Umwelt- und Klimaschutz (IVe)
Fachbereich Abfallwirtschaft
Römerstraße 15
6901 Bregenz

ippc-abfallwirtschaft@vorarlberg.at

Göfis, am 15.04.2024

Betr.: Schriftliche Stellungnahme bzw. Einwendungen
zum Antrag der Ganahl AG auf Genehmigung einer ortsfesten
Behandlungsanlage nach § 37 Abs. 1 AWG 2002
öffentlich kundgemacht am 02.03.2024 mittels
Edikt „Kundmachung des Vorhabens „Errichtung und Betrieb einer
Mitverbrennungsanlage auf GST-NR. 1069/2, KG Frastanz“

Schriftliche Stellungnahme bzw. Einwendungen

Die Projektwerberin bzw. Antragstellerin Ganahl AG ging schon im Vorjahr davon aus, dass das von ihr geplante Vorhaben bezüglich der Errichtung einer Abfallverbrennungs-Anlage direkt im Ortsgebiet von Frastanz keiner UVP-Pflicht unterliege. In der Folge wurde vom Land Vorarlberg als Behörde I. Instanz die UVP-Pflichtigkeit im Bescheid zum UVP-Feststellungsverfahren ebenfalls verneint. Aufgrund der zahlreich eingebrachten Beschwerden ist die Entscheidung in zweiter Instanz beim Bundesverwaltungsgericht in Wien derzeit noch anhängig.

Trotzdem wurde nun seitens der Projektwerberin der Antrag auf Genehmigung einer ortsfesten Behandlungsanlage nach § 37 Abs 1 AWG 2002 beim Landeshauptmann von Vorarlberg als Abfallbehörde eingebracht.

Per 02.03.2024 wurde das Edikt: Kundmachung des Vorhabens „Errichtung und Betrieb einer Mitverbrennungsanlage auf GST-NR.1069/2, KG Frastanz“ öffentlich bekannt gegeben.

Zu meiner Legitimation:

Ich, [REDACTED], bin in Göfis wohnhaft und habe hier auch meinen Lebensmittelpunkt.

Göfis grenzt an *Frastanz*, dem Ort, in dem die Mitverbrennungsanlage errichtet werden soll. Voraussichtlich werde ich durch die *Auswirkungen* des Vorhabens erheblich belästigt und in meiner *Gesundheit gefährdet*.

Daher bin ich gemäß § 2 Abs 6 Z 5 AWG „Nachbar“ und somit auch nach § 42 Abs 1 Z 3 AWG „Partei“ im Verfahren.

Auflistung von Mängeln in der Projektbeschreibung und in den vorliegenden Gutachten:

Die Projektbeschreibung und die Gutachten weisen **grobe Mängel** auf. Zudem fehlt ein **meteorologisches Gutachten**, auf dessen Grundlage überhaupt erst die darauf aufbauenden Gutachten zu erstellen sind, um damit die Auswirkungen des Vorhabens angemessen beurteilen zu können.

1. Zur Problematik des Standorts: geografische und meteorologische Gegebenheiten

Als **Standort** für die Abfallverbrennungs- bzw. die Reststoffverbrennungsanlage ist das Betriebsgelände der Fa. Rondo Ganahl AG in *Frastanz* - mitten in einem Siedlungsgebiet - vorgesehen.

Frastanz befindet sich in einem relativ engen Talkessel – am westlichen Ende des Walgau.

Da in diesem Talkessel das Phänomen der Inversion häufig auftritt, bildet sich am Talgrund oftmals Dunst oder Nebel.

Das wiederum hat zur Folge, dass sich die Rauchgase aus dem Rondo Kraftwerk – und somit große Mengen an Luftschadstoffen - in diesem Kaltluftsee aufstauen werden. Dieser Sachverhalt wird - falls das Vorhaben bewilligt wird - zur massiven Belastung der Umwelt – insbesondere der hier lebenden Bewohner führen.

Schon in der Informationsveranstaltung im Mai 2023, im Adalbert-Welte-Saal, haben mehrere Personen aus dem Publikum auf die Probleme hingewiesen, die durch diese Gegebenheiten entstehen werden.

Auch in einer Vorsprache im Amt der Vbg. Landesregierung - im Rahmen des UVP-Feststellungsverfahrens - kam diese Problematik zur Sprache (siehe Aktenvermerk: IVe-415-10/2022-32).

Ebenso wurde die Bedeutung der Inversion in mehreren Beschwerden im UVP-Feststellungsverfahren vorgebracht.

Trotzdem wird dieser Sachverhalt von der Projektwerberin und deren Gutachter nicht beachtet.

Dies stellt einen **besonders groben Mangel** dar.

Wenn man bedenkt, dass das Rondo Kraftwerk in Zukunft stündlich **70.000 Kubikmeter Rauchgas** ausstoßen wird, ist vorhersehbar, dass sich große Mengen an Luftschadstoffen im Dunst und im Nebel aufstauen werden.

Besonders problematisch wird dies bei tief liegendem Nebel und Windstille werden, falls diese Situation – bei stabiler Schönwetterlage – über mehrere Tage bis wochenlang in der kalten Jahreszeit vorherrscht.



In diesen Zeiten wird es also infolge des Staueffekts im Kaltluftsee unvermeidbar zu hoher Schadstoffbelastung der Bewohner – und der Umwelt allgemein - kommen.

Dieser Sachverhalt wird in der Projektbeschreibung und in den vorliegenden Gutachten nicht berücksichtigt.

In diesen Zeiten wird es auch zu **erheblicher Geruchsbelästigung** kommen, da auch jetzt schon die Atemluft bei derartiger Witterung nach Abgasen stinkt, wenn man ins Freie tritt.

Bei anderer Witterung sind wir in Göfis, so wie auch die Bewohner in Frastanz, - ebenfalls schon jetzt - durch den Pommes-Frites-Geruch eines Lebensmittelherstellers, der unweit des Rondo Ganahl Areals gelegen ist, belastet.

Somit ist zu erwarten, dass durch diese Luftströmung auch der Geruch nach verbranntem Abfall nach Göfis gelangt – zusätzlich zum Pommes-frites Geruch.

Darüber hinaus werden diese Rauchgase auch unsere Gesundheit gefährden, weil es sich dabei um problematische Luftschadstoffe handelt.

Auch in Nenzing, Satteins und Teilen der Stadt Feldkirch werden diese Probleme auftreten.

Die Rauchgase - **70.000 Kubikmeter Rauchgase, pro Stunde** – werden sich in diesen Zeiten also im *Nebel* aufstauen und die **Atemluft hochgradig** belasten.

Dabei ist auch noch zu berücksichtigen, dass der **Dampfausstoß** aus der Wellpappe-Fabrik das *Mikroklima* im Nahbereich des Standorts zusätzlich belasten wird, bzw. wird dies die Konzentration der Luftschadstoffe lokal noch weiter erhöhen.

Die hohe Luftschadstoffkonzentration wird nicht nur zur **Geruchsbelästigung** sondern auch zur **Gefährdung der Gesundheit** führen.

2. Zum sogenannten „lufthygienischen Gutachten“:

Bei dem seitens der Ganahl AG vorgelegtem „**lufthygienischen Gutachten**“ handelt es sich nicht um ein Gutachten, sondern um eine **luftreinhalte-technische Untersuchung an einem Modell**.

Daraus ist allerdings nicht ersichtlich, dass das Phänomen der **Inversion** bezüglich der Konzentration der Luftschadstoffe berücksichtigt wird.

Überhaupt ist die vorliegende **luftreinhalte-technische Untersuchung nur fraglich aussagekräftig**, weil sie auf einem Computermodell beruht, dessen Anwendbarkeit auf den konkreten Fall **nicht** erwiesen ist.

Es ist daraus nicht erkennbar, dass die **örtlichen Gegebenheiten** durch das Modell erfasst bzw. hinreichend berücksichtigt werden können.

Neben der **akuten** Belastung durch Luftschadstoffe in problematischen Zeiten, ist auch die erhöhte **langzeitmäßige** Belastung zu berücksichtigen.

Mittelbar wird es also durch den erhöhten Schadstoffgehalt in der Luft zur **signifikant** höheren **Gefährdung** der **Gesundheit** kommen.
(Vergleich Zustand **vor** Verwirklichung des Vorhabens mit Zustand **nach** Verwirklichung des Vorhabens - im Hinblick auf die höhere Belastung durch Luftschadstoffe).

3. Zum humanmedizinischen Gutachten:

Der **humanmedizinische Gutachter** übernimmt unhinterfragt die luftreinhalte-technische Untersuchung – als defacto Gutachterliche Feststellung ohne auf die **konkrete Sondersituation des Standorts** einzugehen.

Allein schon deswegen ist dieses Gutachten mangelhaft.

Und es sind die Schlussfolgerungen in Bezug auf die Luftschadstoffe im humanmedizinischen Gutachten deswegen **nicht aussagekräftig**.

4. Zu den Auswirkungen der Luftschadstoffe auf die Umwelt insbesondere auf Boden und Wasser:

Die Auswirkung der **Luftschadstoffe** auf **die Umwelt insgesamt** – konkret hier betrachtet auf **Boden** und **Wasser** - wurden bisher *nicht gutachterlich abgeklärt*.

Es liegt kein Gutachten vor, das die **zusätzlichen Luftschadstoffe** berücksichtigt, die **durch** den Kraftwerksbetrieb entstehen werden und die Umwelt nach Verwirklichung des Vorhabens **zusätzlich belasten**.

Diesbezüglich fallen insbesondere die **PFAS** ins Gewicht, die *durch die Verbrennung* der **Fluor-hältigen Kunststoffe** entstehen werden.

Diese Schadstoffe werden die **Nahrungs-/Lebensmittel** aus der **landwirtschaftlichen Produktion** bzw. *aus der Eigenerzeugung* – wie etwa Fleisch- und Milchprodukte, Eier, Obst und *Gemüse, Beeren etc.* - vorhersehbar **erheblich belasten**.

Darüber hinaus werden zudem auch die diversen **Freizeitanlagen**, wie Sport- und Spielplätze, Schwimmbäder etc. von der erhöhten Luftschadstoffkonzentration betroffen sein.

Mittelbar werden die Schadstoffe auch die Qualität des **Wassers** beeinträchtigen.

Davon betroffen sind die **Grundwasservorkommen** - sowie in weiterer Folge auch das **Trinkwasser** bzw. **Brauchwasser**.

Die *Gemeinde Göfis* bezieht ihr **Trinkwasser** primär aus dem Grundwasser-Brunnen in *Schildried*.

Dieser aus dem Grundwasser der *III* gespeiste Brunnen liegt nicht weit entfernt vom geplanten Projekt.

Damit ist zu befürchten, dass das **Göfner Trinkwasser** längerfristig betrachtet ungenießbar wird – wenn **gesundheitsschädliche Konzentrationen** im Wasser auftreten.

5. Zur technischen Ausführung des Projekts / Stand der Technik – insbesondere in Bezug auf die - durch die Verbrennung entstehenden - PFAS:

Durch die Verbrennung der *nicht gefährlichen Abfälle*, die **Kunststoffreste** mit *hohem Fluoranteil* enthalten, werden in der projektierten Verbrennungsanlage – bei der Verbrennungstemperatur von **850 Grad** - sogenannte **PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen)** entstehen.

Diese als „*Jahrhunderte-Gifte*“ bzw. „*Ewigkeitschemikalien*“ bezeichneten **Substanzen** sind in der Natur biologisch **nicht abbaubar** und werden auch als **krebserregend** eingestuft.

Sie werden sich als *Luftschadstoffe*, die sich bevorzugt im **Kaltluftsee** ablagern, im *Boden* und *Wasser* anreichern. Beziehungsweise über die *Pflanzen* in die Nahrungskette gelangen.

Die Problematik mit den **PFAS** ist der Betreiberin schon aus diversen Wortmeldungen aus dem Publikum im Rahmen der Informationsveranstaltung im Adalbert-Welte-Saal in *Frastanz* Ende Mai 2023 bekannt.

In den ergänzten Eingabe-Unterlagen finden sich nun zwar Untersuchungen zum **derzeitigen** Vorkommen von **PFAS** in der Umgebung des Standorts. Jedoch wird in der Projektbeschreibung nicht berücksichtigt, dass gerade **durch den Betrieb** der Abfallverbrennungsanlage **weitere PFAS** entstehen werden.

Dass dieser Sachverhalt in der **Projektbeschreibung** nicht berücksichtigt wird, stellt einen **groben Mangel** dar!

Die projektierte Anlage entspricht nicht dem „**besten Stand der Technik**“ (**BVT**).

Eine Anlage, die der **best verfügbaren Technik** genügt, zeichnet sich durch eine **Nachverbrennung** der Rauchgase bei **1200 bis 1400 Grad** aus, die – unter anderem - die **giftigen PFAS** in weniger giftige **mineralische Stoffe** verwandelt.

Auch dies ist der Projektwerberin seit der Info-Veranstaltung im Mai 2023 bekannt - und auch, dass in der benachbarten Schweiz derartige Anlagen bereits im Betrieb sind.

Die projektierte Anlage entspricht also nicht der gesetzlichen Anforderung der „**best verfügbaren Techniken**“ iSd **§ 2 Abs 8 Z 1 AWG**.

Conclusio:

Die Ganahl AG plant die Errichtung einer Mitverbrennungsanlage bzw. Abfallverbrennungsanlage zur Energiegewinnung auf ihrem Betriebsgelände in *Frastanz*.

Der **Standort** ist aus den genannten Gründen **problematisch**.

Die **durch** die Umsetzung des Projekts **entstehenden Luftschadstoffe** werden sich **zusätzlich** zu den bereits vorhandenen Schadstoff-Belastungen aus Industrie, Verkehr, Hausbrand - im Kaltluftsee - ansammeln, und zu **erheblicher Geruchsbelästigung** und **Gefährdung der Gesundheit** der hier ansässigen Bevölkerung in der gesamten Umgebung führen.

Besonders problematisch wird die Situation für die Bewohner, die in Zukunft in nächster Nähe zum Vorhaben leben müssen.

